

## Reaktionen der Öffentlichkeit, der Stadt Halle (Saale) und der Polizei auf die Naziaktivitäten in Halle (Saale)

Im Jahr 2000 gab es einige Polizeirazzien bei Nazis. Bereits in diesem Jahr tauchten etwa 20 Nazis beim Volkstrauertag-Gedenken der Stadt auf. Beim Volkstrauertag 2001 waren es fast 50 Nazis, sie konnten noch durch die beherzte Intervention von VertreterInnen des Bundes der AntifaschistInnen/Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (BdA/VVN) bei der Polizei daran gehindert werden, an der städtischen Veranstaltung teil zu nehmen. Allerdings konnten die Nazis danach auf den Friedhof und ihre mit volksverhetzenden Binden „geschmückten“ Kränze ablegen. Die Stadt glänzte mit Abwiegeln.

November 2001 protestierten etwa 15 AntifaschistInnen friedlich vor dem Naziladen „The Last Resort“, mit dem Ziel diesen in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Auf dem Rückweg wurden sie in der Nähe des Ladens von etwa 20-25 mit Knüppeln und Ketten bewaffneten Nazis unter Führung des Ladenbetreibers Sven Liebich eingekreist und angegriffen. Nach etwa 5 Minuten zogen sich die Neonazis zurück. Das ganze gipfelte dann darin, dass der oben genannte Sven Liebich im Polizeiwagen vorfuhr, auf mehrere AntifaschistInnen zeigte und beschuldigte ihn angegriffen zu haben. 4 AntifaschistInnen mussten ambulant behandelt werden. Eine Erstattung von Anzeigen wurde den Angegriffenen durch die Polizei verwehrt (Quelle: Antifaschistisches Infoblatt, AIB Nr. 54, S. 13). Als Fazit bleibt, dass die Neonazis unbehelligt durch die merkwürdigerweise kurzzeitig abwesende Polizei agieren konnten sowie eine Verkehrung der Opfer in Täter. Die mobile Opferberatung für Opfer rechter Gewalt, die darauf hinwies, wurde von Sven Liebich wegen Verleumdung angezeigt.

### 2002:

Nach dem Wahlsieg von CDU/FDP in Sachsen-Anhalt verschärfte sich das Klima in Sachsen-Anhalt. Die Fördermittel für „Miteinander“ - einem Verein zur Förderung von Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt - wurden so stark gekürzt, dass der Verein nahezu handlungsunfähig wurde. Es wurde gar versucht zu behaupten, dass er Kriminelle angestellt hat, mit Verweis auf den Protest gegen den Naziladen „The Last Resort“. Das Verfahren gegen die mobile Opferberatung für Opfer rechter Gewalt wurde kurzzeitig wieder eröffnet und dann wieder eingestellt.

Am 16.10.02 konnten dann zur 500-Jahr-Feier der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mehrere hundert Burschenschaftler gemeinsam mit dem Rechtsaußen der CDU, Herrn Bergner (ex-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt), in Ungebäuden feiern. Die Uni wurde durch Klage dazu gezwungen. Als Reaktion wurden einige Autos der Burschenschaftler und Alten Herren beschädigt. Darauf verfassten zwei rechte Stura (Asta)-Mitglieder der Universität eigenmächtig eine Pressemitteilung, in der sie diese Gewalt verurteilten und den rechtskonservativen bis extrem rechten Burschenschaften ihre Ehre erwiesen. Erst als die „AG Antifaschismus/Antirassismus im Stura“ protestierte, wurde der Vorfall im realen Licht in der Mitteldeutschen Zeitung beleuchtet.

Am Volkstrauertag 2002, dem 17.11., wurde die Nazikundgebung über Waffen-SS-Gräbern in Halbe verboten. In Halle (Saale) war von städtischer Seite für diesen Tag eine Gedenkveranstaltung mit dem Titel „Den Opfer der beiden Weltkriege, des Nationalsozialismus und Stalinismus“ organisiert worden. Nachdem die Nazis – wie auch schon die Jahre zuvor – gute Erfahrungen mit den städtischen Volkstrauertagsveranstaltungen gemacht hatten, verwundert es nicht, dass Nazis aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Halle (Saale) als Ausweichort für Halbe nutzten. So wurden 200 Nazis von der Polizei vom Bahnhof zum Veranstaltungsort Gertraudenfriedhof geleitet. Die Veranstaltung fand mehrheitlich für Nazis statt; sie waren das Hauptpublikum der Ansprachen und die Trommler der Bundeswehr spielten ebenfalls.

Daraufhin gab es empörte Reaktionen der Antifa, der „AG Antifaschismus/Antirassismus im Stura“ und des Kellnerstaße e.V. Die Stadt wiegelte ab und behauptet gar: „Die Stadtverwaltung hat in den zurückliegenden Jahren öffentlich deutlich gemacht, dass sie rechtem Gedankengut keine Chance gibt. In zahlreichen Initiativen wurde vielmehr das aktive politische Bekenntnis in der Auseinandersetzung mit neonazistischen Aktionen deutlich gemacht. ... Der Vorwurf einer gemeinsamen Aktion mit Rechts zum Volkstrauertag, am Sonntag, 17. November entbehrt jeder Grundlage.“ (Quelle: <http://www.halleforum.de/article.php?sid=396>) Als würde man einen Elfmeter für eine Mannschaft (die Nazis) schießen und dann behaupten, nicht dabei gewesen zu sein.

Weiterhin hatten die Nazis im Sommer 2002 auf ihren Internetseiten zum Heimateinsatz im Flutgebiet während des schweren Hochwassers aufgerufen, das auch Häuser von führenden NPD'lern im Muldetal und an der Elbe betraf. Im hallenser Rathaus war zur Ehrung der Fluthelfer am 25.11.02 geladen. Angeblich gab es keine rechtliche Handhabe, die Nazis von der Veranstaltung fernzuhalten. So konnten die aus dem „Blood & Honour“-Umfeld stammenden Glatzen, die alle klar durch ein T-Shirt mit dem Aufdruck „(r)echte Kerle packen an – Arbeitsfront“ umrandet vom Symbol des Reichsarbeitsdienstes zu erkennen waren, bleiben. Die OB Häußler drückte gar einem der Nazis mit besagtem T-Shirt die Hand. Anwesende vom „Nationalen Beobachter“ fotografierten den Händedruck - daraufhin wurde versucht, die Filme mit den beschämenden Fotos zu beschlagnahmen. Trotzdem konnte das Bild dieses Ereignisses auf der Homepage des Nationalen Beobachter veröffentlicht werden. So hatten die Nazis in Halle Ende 2002 monatlich einen Event.

### **2003:**

Nachdem auf die Aktivitäten der Nazis im Jahr 2002 nicht reagiert worden war, wurde allerdings von der Stadt Halle Anfang des Jahres 2003 auf die Proteste gegen das nazifördernde und –duldende Verhalten der Stadt reagiert. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle entschied am 31.01.03 über die Vergabe von Geldern und Stellen und strich dem Kellnerstr. e.V. die einzige bezahlte Stelle. Der Verein hatte auf der Internetseite und in einem offenen Brief an alle Fraktionen des Stadtrates gegen das Verhalten der Stadt am Volkstrauertag 2002 protestiert. Die mobile Jugendarbeit in der südlichen Innenstadt wurde aus politischen Gründen beendet, der Verein sei „politisch nicht tragbar und nicht grundgesetzkonform“ !!! Das alles, obwohl die geleistete Arbeit in einer vorhergehenden Studie zur Jugendarbeit in Halle als sehr gut und wichtig eingestuft wurde. Der Verein legte Widerspruch ein und klagt mittlerweile gegen diese Entscheidung.

Desweiteren: Der Irakkrieg stand vor der Tür und auch in Halle fanden Friedensdemos statt, bei denen 14tägig Nazi auftraten, mit eigenem Transpi und immer mit mindestens 20 und bis zu 70 Personen. In der einzigen Tageszeitung Halles (abgesehen von der „Bild“), der Mitteldeutschen Zeitung (MZ) aus dem Haus DuMont (Köln), wurde kaum oder ohne Erwähnung der Nazis berichtet, die „Bild“ war gar noch näher an der Realität und berichtete von „Auseinandersetzungen mit Rechten“. Nachdem

der Organisator der Friedensdemos bereit war, diese als „antifaschistisch“ anzumelden, weigerte sich der Einsatzleiter der Polizei trotz der Bitte des Demonstrationsanmelders, Platzverweise zu erteilen. Vielmehr schützte die Polizei die Nazis und nahm Anzeigen gegen AntifaschistInnen auf. So wurde dem „Nationalen Beobachter“ ermöglicht Menschen zu fotografieren und zu filmen und durch Anzeigen an ihre Adressen zu kommen. Die Polizei sicherte auch den Hin- und Rückweg der Rechten und sperrte dafür den Bahnhof Halle.

### **1.Mai 2003 - der Aufmarsch der „Freien Kameradschaften“ und die Stadt Halle.**

Die Stadt versuchte nicht einmal ansatzweise den Naziaufmarsch zu verbieten und hielt es nicht für notwendig, sich zu diesem äußern. Während die Nazis sich auf dem Hallmarkt (Unterer Markt) sammelten, gab es ein DGB-Bürgerfest (mit zu Höchstzeiten vielleicht 200 TeilnehmerInnen) auf dem Obermarkt, von dem aus es kein Durchkommen zur Nazidemo gab - außer für Nazis - und das nt (Neues Theater) veranstaltete auf dem Uniplatz, direkt an der Aufmarschstrecke, einen heiteren Umzug. Dort rief der Theaterintendant Peter Sodann die Anwesenden dann sogar auf, sich nicht an der Sitzblockade zu beteiligen – da dieses strafbar sei. (Der TV-Tatortkommissar Sodann ist nicht nur Intendant des nt, sondern auch führendes Mitglied der Initiative „Halle gegen Graffiti“, neben Christoph Bergner, ehemaliger CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt). Die Polizei ermöglichte den Nazis die Durchführung der Demo. Wegen der Sitzblockade und Barrikaden auf der Marschroute leitete sie die Nazis zwar auf teilweise unbewohnte Straßenzüge um, ermöglichte ihnen aber dadurch eine längere Strecke durch Halle zu laufen. Unter anderem wurden sie so über den Riebeckplatz, den großen Verkehrsknoten in Halle, über eine Brücke geleitet. Die Nazis feierten es als „Triumphmarsch“. Bei der Sitzblockade am Uniring, an der sich 250-300 Menschen beteiligten, wurde etwa die Hälfte der friedlichen BlockiererInnen durch die Polizei misshandelt, es wurden ein Arm ausgekugelt und eine Hand gebrochen, selbst Mitglieder des Stadtrates wurden misshandelt. Zur späteren Pressekonferenz bezüglich der Misshandlungen - von Mitgliedern des Stadtrates organisiert - blieb der verantwortliche Polizeipräsident, Herr Schumann, fern. Dagegen rechtfertigte er das brutale Vorgehen ausführlich in dem aus der Pressekonferenz entstandenen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung.